

Gesetz über Niederlassung und Aufenthalt (NAG)

vom 16. September 2009 (Stand 1. April 2025)

Der Landrat von Nidwalden,

gestützt auf Art. 60 Abs. 1 der Kantonsverfassung, in Ausführung von Art. 24 der Bundesverfassung¹⁾, des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG)²⁾ sowie des Bundesgesetzes vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz, AwG)³⁾, *

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand, Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz regelt die Meldepflichten bei Niederlassung und Aufenthalt von Einwohnerinnen und Einwohnern, die Führung der Einwohnerregister sowie das Ausstellen der Ausweise.

² Für Ausländerinnen und Ausländer bleiben Vorschriften der Spezialgesetzgebung vorbehalten.

Art. 2 Datenbekanntgabe 1. an Behörden und Amtsstellen

¹ Die Gemeinden liefern die notwendigen Daten über ihre Einwohnerinnen und Einwohner den Behörden und Amtsstellen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden gemäss dem RHG⁴⁾ und dem kantonalen Registerharmonisierungsgesetz (kRHG)⁵⁾.

¹⁾ SR 101

²⁾ SR 431.02

³⁾ SR 143.1

⁴⁾ SR 431.02

⁵⁾ NG 232.2

Art. 3 2. an Dritte

¹ Für die Bekanntgabe von Daten aus den Einwohnerregistern an Dritte gelten die Bestimmungen der Datenschutzgesetzgebung, insbesondere Art. 14 des kantonalen Datenschutzgesetzes (kDSG)⁶⁾.

2 Meldeverfahren

Art. 4 Meldepflicht 1. meldepflichtiger Sachverhalt *

¹ Wer umzieht hat sich am vorherigen Wohnsitzort abzumelden und bei der neuen Wohnsitzgemeinde anzumelden.

² Meldepflichtig ist auch der Umzug innerhalb einer Gemeinde oder eines Gebäudes.

³ Ändern sich die angegebenen Daten oder kommen neue hinzu, hat die betroffene Person diese der Gemeinde zu melden. *

Art. 5 2. Frist

¹ Die Meldung hat unaufgefordert innert 14 Tagen seit dem Eintritt des meldepflichtigen Sachverhalts zu erfolgen. *

Art. 6 * ...

Art. 6a * 3. Umfang

¹ Der Regierungsrat legt in einer Verordnung die mit der Meldung einzureichenden Dokumente fest.

Art. 7 4. Ausnahmen

¹ Von der Meldepflicht ist befreit, wer:

1. sich weniger als drei aufeinander folgende Monate oder drei Monate innerhalb eines Jahres in einer Gemeinde aufhält;
2. in einem Kollektivhaushalt gemäss Art. 8 untergebracht ist.

⁶⁾ NG 232.1

Art. 8 5. Meldepflicht bei Kollektivhaushalten

¹ Die Kollektivhaushalte gemäss Art. 2 lit. a Registerharmonisierungsverordnung⁷⁾ haben Ein- beziehungsweise Austritt von Bewohnerinnen und Bewohnern innert 14 Tagen unaufgefordert und unentgeltlich der Gemeinde zu melden. *

² ... *

Art. 9 Auskunftspflicht Dritter

¹ Wird die Meldepflicht nicht eingehalten, sind gegenüber der Gemeinde zur Auskunft verpflichtet: *

1. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über ihre Mitarbeitenden;
2. Vermieterinnen und Vermieter sowie Liegenschaftsverwaltungen über ihre aktuellen, neuen und früheren Mieterinnen und Mieter;
3. Logisgeberinnen und Logisgeber über die in ihrem Haushalt wohnenden Personen;
4. Amtsstellen des Kantons und der Gemeinden.

² Alle Anbietenden von leitungsgebundenen Dienstleistungen sind verpflichtet, über jene Daten ihrer Kundinnen und Kunden Auskunft zu geben, die zur Bestimmung und Nachführung der Wohnungsidentifikation erforderlich sind.

³ Die Auskünfte sind unentgeltlich zu erteilen. Die Gemeinde kann bei Bedarf eine Frist von 14 Tagen ansetzen. *

Art. 10 Information von Amtes wegen *

¹ Erhält eine kantonale oder kommunale Behörde oder ein Amt Kenntnis von einem meldepflichtigen Sachverhalt, sind die betreffenden Gemeinden zu informieren. *

² Diese fordern die betroffene Person nach Ablauf der gesetzlichen Meldefrist zur Erfüllung ihrer Meldepflicht auf. Sie setzen eine angemessene Nachfrist an. *

Art. 11 Wahrheitspflicht

¹ Die Melde- und Auskunftspflichtigen haben wahrheitsgetreu Auskunft über die für die Führung des Einwohnerregisters erforderlichen Daten zu erteilen und ihre Angaben auf Verlangen zu dokumentieren.

² Die Gemeinde kann die Meldepflichtigen bei der Anmeldung zur Person befragen. *

⁷⁾ SR 431.021

3 Einwohnerregister

Art. 12 Führung

¹ Die politischen Gemeinden führen über alle Einwohnerinnen und Einwohner ein elektronisches Einwohnerregister gemäss den Vorgaben des Bundes und des kRHG⁸⁾.

² Das Register ist aktuell, richtig und vollständig zu führen.

³ Der Regierungsrat erlässt Bestimmungen über die Führung und die Bereinigung der Einwohnerregister.

Art. 13 Inhalt

¹ Das Einwohnerregister enthält die Daten gemäss Art. 6 RHG⁹⁾, sowie die weiteren vom Regierungsrat bezeichneten Daten.

4 Ausweise für Schweizerinnen und Schweizer

Art. 14 Ausweisarten

1. Heimatschein

¹ Der Heimatschein bestätigt das Bürgerrecht der Gemeinde.

² Er wird durch das kantonale Zivilstandsamt ausgestellt.

Art. 15 2. Interimsausweis *

¹ Mit dem Interimsausweis bestätigt die Gemeinde, dass die betreffende Person bei ihr den melderechtlichen Wohnsitz begründet hat. *

² Wer sich vorübergehend ausserhalb der Gemeinde, in der er niedergelassen ist, aufhalten will, hat Anspruch auf einen Interimsausweis. *

³ Die Gültigkeit des Interimsausweis ist entsprechend dem Aufenthaltsgrund zu befristen; eine Verlängerung ist möglich. *

Art. 16 3. Niederlassungsausweis

¹ Der Niederlassungsausweis bestätigt, dass sich die betreffende Person in der Gemeinde niedergelassen hat. *

⁸⁾ NG 232.2

⁹⁾ SR 431.02

Art. 17 4. Aufenthaltsausweis

¹ Der Aufenthaltsausweis bestätigt, dass die betreffende Person sich in der Gemeinde aufhält und bei ihr den Interimsausweis hinterlegt hat. *

² Die Gültigkeit des Aufenthaltsausweises ist zu befristen.

Art. 18 5. Ausweise gemäss Ausweisgesetz *

¹ Pass und Identitätskarte sind die Ausweise gemäss AwG¹⁰⁾ zum Nachweis der Schweizer Staatsangehörigkeit und der eigenen Identität.

² Ausstellende Behörde für die Ausweise gemäss AwG¹¹⁾ ist das kantonale Amt.

Art. 19–20 * ...**Art. 21 Hinterlegung des Interimsausweises ***

¹ Aufenthaltserinnen und Aufenthalter haben den Interimsausweis zu hinterlegen. *

² Die Gemeinde bestätigt die Hinterlegung im Aufenthaltsausweis.

Art. 22 Rückgabe

¹ Wer aus einer Gemeinde wegzieht, hat Anspruch auf die Rückgabe der hinterlegten Schriften.

^{2–3} ... *

5 Gebühren**Art. 23 Grundsätze**

¹ Die Ausstellung des Niederlassungsausweises und des Aufenthaltsausweis sind gebührenfrei.

² Die Erhebung der Gebühren für Ausweise gemäss AwG¹²⁾ richtet sich nach Bundesrecht.

³ Im Übrigen regelt der Regierungsrat die Gebühren in einer Verordnung. *

¹⁰⁾ SR 143.1

¹¹⁾ SR 143.1

¹²⁾ SR 143.1

6 Rechtsschutz

Art. 24–25 * ...

7 Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 26 Strafbestimmung

¹ Mit Busse bestraft wird, wer die Melde- oder Auskunftspflicht verletzt oder trotz Aufforderung der Pflicht zur Hinterlegung des Interimsausweises nicht nachkommt. *

Art. 27 Vollzug

¹ Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen in einer Verordnung. *

Art. 28 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Folgende Erlasse und Bestimmungen werden aufgehoben:

1. das Gesetz vom 27. April 1980 über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer¹³⁾;
2. die Vollziehungsverordnung vom 25. September 1981 zum Gesetz über die Niederlassung der Schweizer (Niederlassungsverordnung)¹⁴⁾;
3. die Einführungsverordnung vom 17. Dezember 2002 zur Bundesgesetzgebung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige¹⁵⁾;
4. Art. 14 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Februar 2008 über den Datenschutz (Datenschutzgesetz, kDSG)¹⁶⁾.

Art. 29 Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens fest¹⁷⁾.

¹³⁾ A 1980, 741

¹⁴⁾ A 1981, 1089, 1314

¹⁵⁾ A 2002, 2022

¹⁶⁾ NG 232.1

¹⁷⁾ Datum des Inkrafttretens: 1. März 2010

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle
16.09.2009	01.03.2010	Erllass	Erstfassung	A 2009, 1669, A 2010, 71
27.05.2015	01.01.2016	Art. 24	aufgehoben	A 2015, 881, 1338
27.05.2015	01.01.2016	Art. 25	aufgehoben	A 2015, 881, 1338
27.11.2024	01.04.2025	Ingress	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 4	Titel geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 4 Abs. 3	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 5 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 6	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 6a	eingefügt	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 8 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 8 Abs. 2	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 9 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 9 Abs. 3	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 10	Titel geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 10 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 10 Abs. 2	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 11 Abs. 2	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 15	Titel geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 15 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 15 Abs. 2	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 15 Abs. 3	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 16 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 17 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 18	Titel geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 19	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 20	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 21	Titel geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 21 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 22 Abs. 2	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 22 Abs. 3	aufgehoben	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 23 Abs. 3	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 26 Abs. 1	geändert	2025-010
27.11.2024	01.04.2025	Art. 27 Abs. 1	geändert	2025-010

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle
Erllass	16.09.2009	01.03.2010	Erstfassung	A 2009, 1669, A 2010, 71
Ingress	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 4	27.11.2024	01.04.2025	Titel geändert	2025-010
Art. 4 Abs. 3	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 5 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 6	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 6a	27.11.2024	01.04.2025	eingefügt	2025-010
Art. 8 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 8 Abs. 2	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 9 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 9 Abs. 3	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 10	27.11.2024	01.04.2025	Titel geändert	2025-010
Art. 10 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 10 Abs. 2	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 11 Abs. 2	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 15	27.11.2024	01.04.2025	Titel geändert	2025-010
Art. 15 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 15 Abs. 2	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 15 Abs. 3	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 16 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 17 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 18	27.11.2024	01.04.2025	Titel geändert	2025-010
Art. 19	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 20	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 21	27.11.2024	01.04.2025	Titel geändert	2025-010
Art. 21 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 22 Abs. 2	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 22 Abs. 3	27.11.2024	01.04.2025	aufgehoben	2025-010
Art. 23 Abs. 3	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 24	27.05.2015	01.01.2016	aufgehoben	A 2015, 881, 1338
Art. 25	27.05.2015	01.01.2016	aufgehoben	A 2015, 881, 1338
Art. 26 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010
Art. 27 Abs. 1	27.11.2024	01.04.2025	geändert	2025-010